

## Der Papst warnt vor Sex als Droge

Papst Benedikt XVI. hat am Samstag im Vatikan eingestanden, dass es den Gläubigen schwerfallen könne, der katholischen Ablehnung der Geburtenkontrolle nachzuleben. Das Oberhaupt der Katholiken sprach in einer Rede zum 40. Jahrestag des vatikanischen Dokumentes «Humanae Vitae» von Papst Paul VI., von



Der Papst am Samstag im Vatikan. (EPA)

dem die künstliche Schwangerschaftsverhütung für Katholiken verboten wurde. Was damals wahr gewesen sei, gelte auch heute. Benedikt brachte seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass das menschliche Leben in der modernen Gesellschaft seinen Wert verliere. Er befürchte, dass sich Sex gar «zu einer Droge entwickeln» könne. Papst Paul VI. habe seinerzeit nach langen Überlegungen, ob die künstliche Schwangerschaftsverhütung zugelassen werden solle, die Enzyklika verfasst. Sie sei das Ergebnis grossen Leidens und «eine wichtige Geste des Mutes». Vierzig Jahre nach ihrer Veröffentlichung bleibe sie in ihrer Wahrheit bestehen und offenbare eine grosse Weitsicht, mit der die Frage der Schwangerschaftsverhütung beantwortet worden sei. (ap)

## Vier tote Polizisten in zehn Tagen – Mexikos Drogenkrieg eskaliert

Der höchste Kommissar für Entführungsfälle in Mexiko-Stadt ist das jüngste prominente Opfer in Mexikos Drogenkrieg. Vier Bewaffnete haben den Polizisten am Freitag auf offener Strasse niedergestreckt, wie die Behörden mitteilten. Er war für sein unerschrockenes Vorgehen gegen Drogenbanden bekannt und ist der vierte ranghohe Polizist, der innert zehn Tagen in Mexiko-Stadt getötet wurde. Zum selben Zeitpunkt wohnte Mexikos Präsident Felipe Calderón dem Staatsbegräbnis eines kurz zuvor auf ähnliche Weise ermordeten Polizisten bei. Der Chef der Antidrogeneinheit von Mexikos Bundespolizei war am Donnerstag in Mexiko-Stadt von Unbekannten getötet worden. «Es reicht!», sagte Calderón den Medien und verurteilte die Dreistigkeit der Mörder als «Beleidigung der gesam-



Spurensicherung in Mexiko-Stadt. (AP)

ten Gesellschaft». Zugleich bat er um Unterstützung für ein noch härteres Vorgehen gegen den Drogenhandel. In Mexiko sind seit Jahresbeginn 1050 Personen im Zusammenhang mit dem Drogenhandel umgekommen, unter ihnen viele Polizisten und Soldaten. Der Schwerpunkt des Drogenkampfes war bisher der Norden Mexikos, an der Grenze zu den USA. Dort haben die Gefechte zwischen Drogenbanden in letzter Zeit zugenommen, seit die dominierenden Kartelle von Juárez und von Sinaloa ihre bisherige Allianz beendet haben. Calderón interpretierte die jüngsten Morde und die Gewalt als Zeichen der Schwäche der organisierten Kriminalität. Sie «weiss und spürt, dass wir ihre kriminelle Struktur treffen», sagte der Präsident. Matthias Knecht, Mexiko-Stadt



Wahlurnen vor einem Abstimmungslokal in der Stadt Bago: Der grösste Teil der Burmesen hatte wie geplant über die neue Verfassung abzustimmen. (AP)

## Sudans Rebellen vor Hauptstadt

Aufständische aus Darfur sind am Samstag überraschend bis an die sudanesishe Hauptstadt Khartum vorgedrungen. Die Regierung Bashir verhängte eine Ausgangssperre.

Kristina Bergmann, Kairo

Mitglieder der Rebellengruppe Justice and Equality Movement (Jem) haben nach eigenen Angaben Omdurman, den westlichen Teil der sudanesischen Hauptstadt, eingenommen. Laut der sudanesischen Regierung wurde der Vormarsch aufgehalten. Die Armee habe Brücken und Strassen blockiert. Führer der Jem teilten Samstagabend mit, sie marschierten zum Zentrum.

Die Hauptstadt Sudans besteht aus drei Teilen. Wenige Brücken verbinden sie, was die Eroberung erschwert. Bis anhin war Khartum von den Bürgerkriegen im Süden und im Westen verschont geblieben. Dank den Ölvorkommen prosperierte die Hauptstadt.

Umso schockierter waren nun die Einwohner Khartums. Am Telefon berichteten sie Nachrichtenagenturen von Trommelfeuer, Helikoptern, Panzern und zahllosen patrouillierenden Soldaten. Ein Augenzeuge erzählte, er habe ägyptische Kampfflugzeuge in Khartum landen sehen. Kairo ist ein Verbündeter der Regierung Sudans.

Die Kämpfe hatten sich in den vergangenen Tagen angekündigt. Die Jem-Rebellen waren von 600 Kilometer entfernten Darfur, wo sie herstammen, nach Kordofan vorgedrungen.

Jem-Führer erklärten, bei der Eroberung der Hauptstadt erhielten sie Schützenhilfe aus Khartum selbst.

Die Jem-Rebellen kommen von Darfurer Nomadenstämmen, die vor Jahrhunderten von der arabischen Halbinsel nach Sudan eingewandert sind. Sie sind Araber, vertreten eine islamische Ideologie und kämpfen gegen die Regierung, die sie als unterdrückerisch empfinden.

# Urnengang trotz Katastrophe

### Burmas Junta hält an Abstimmung fest – Hilfsgüterverteilung als Propaganda

Burma kämpft seit Tagen mit den Folgen einer Katastrophe, deren Ausmass das Land und die Hilfswerke überfordert. Die Militärjunta hielt am Samstag unbeirrt eine Abstimmung ab.

Manfred Rist, Bangkok

In 300 von insgesamt 347 Stimmbezirken sind am Samstag knapp 20 Millionen Burmesen zur Urne gerufen worden. Mit der Abstimmung sollen in Myanmar – wie Burma offiziell heisst – demokratischere Verhältnisse geschaffen und schon in zwei Jahren Wahlen durchgeführt werden.

Sowohl die unterdrückte Opposition im Lande als auch Exilburmesen und ausländische Beobachter sehen im Durchpeitschen der Abstimmung ein weiteres Zeichen für die Sturheit und Realitätsferne der burmesischen Führung. Dies zeigt sich auch in der Weigerung, das Land für ausländische Hilfskräfte zu öffnen.

Die Hilfe für die Opfer des Wirbelsturms «Nargis» ist inzwischen zwar

angelaufen, doch die Verteilung der Güter erfolgt viel zu langsam. Der Grund für die Verzögerung liegt nicht bei den Hilfswerken, die sehr rasch reagiert haben. Sie haben aber schwierigen Zugang zu den zerstörten Gebieten und kämpfen mit den Hürden, die die burmesischen Behörden ihnen in den Weg legen.

Das burmesische Regime hat wohl ausländische Hilfe angefordert und akzeptiert die Lieferungen. Es besteht jedoch darauf, dass die Streitkräfte die Hilfsgüter selbst verteilen. Dieser Einsatz der Armee wird am Tag des Referendums über die neue Verfassung bereits zur Propagandazwecken missbraucht. Das Staatsfernsehen zeigte am Samstag, wie Offiziere die Hilfspakete an Opfer verteilten. Einige Pakete mit thailändischem Ursprung trugen die Namen von Generälen.

Die Beobachtung deckt sich mit der Einschätzung von Helfern, darunter Vertreter der deutschen Diakonie Katastrophenhilfe. Die Behörden gingen bei der Verteilung sehr selektiv vor. Richard Horsey, ein Sprecher der Uno, erklärte am Samstag, dass man derzeit von 1,5 bis 2 Millionen Bedürftigen aus-

gehe. Erst ein Viertel davon sei mit Hilfsgütern in Kontakt gekommen. Falls nicht rasch mehr Hilfe komme, werde die Opferzahl weiter steigen.

Über die Zahl der Opfer gibt es immer noch widersprüchliche Meldungen. Die Regierung spricht mittlerweile von etwa 60 000 Toten und Vermissten. Ausländische Hilfswerke gehen aber von einer noch schlimmeren Bilanz aus. Die Linderung der Not gleicht auch deshalb einem Rennen gegen die Zeit, weil in den kommenden Tagen mit weiterem Regen gerechnet und bald die Monsunzeit anbrechen wird.

Mit der Not wächst auch der Druck auf die Hilfsorganisationen, deren Mitarbeiter zu Hunderten auf Einreiseerlaubnisse warten. Sie stehen vor dem Dilemma: Wenn sie die Verteilung der Hilfsgüter den burmesischen Behörden überlassen, verlieren sie die Kontrolle über Kanäle und Verwendung. Wenn sie die Güter blockieren, nimmt die Not stündlich zu. Vor allem gegenüber westlichen Organisationen, in erster Linie amerikanischen, stellte sich Burma bisher quer.

Aus Protest gegen die sture Haltung der burmesische Führung stellte etwa

das World Food Programme (WFP) am Freitag vorübergehend die Hilfsflüge nach Rangun ein. Am Samstag wurden sie zwar wiederaufgenommen, doch eine Einigung über das weitere Prozedere steht angeblich noch aus. Appelle an die Generäle, die die Geschicke des Landes vom neuen Regierungssitz in Naypydaw aus lenken, haben bisher nichts gefruchtet. Der neue thailändische Ministerpräsident, Samak Sundaravej, der um ein Treffen mit dem 75-jährigen General Than Shwe nachgesucht hatte, erhielt die Antwort, man sei beschäftigt und habe keine Zeit.

Beschäftigt ist man im burmesischen Regierungssitz vor allem mit dem Referendum über die neue Verfassung. Die Abstimmung ist nur in den vom Wirbelsturm versehrten Gebieten um vierzehn Tage verschoben, im übrigen Teil des Landes aber planmässig durchgeführt worden. Unter planmässig muss man nach verbreiteter Einschätzung verstehen, dass bis zur Urne ein gut organisiertes Einfluss- und Überwachungssystem am Werk ist, das sicherstellen soll, dass auf dem Weg in die burmesische Demokratie der Zyklon der einzige Störfall bleibt.

ANZEIGE

50 % bezahlen ...

